

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Reichsmark für 1000malige Wiederholung. Die Restausgabe im Anschluss an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 1,50 Reichsmark für 1000malige Wiederholung. — Die Preisliste für Druck- und Verlagsarbeiten befindet sich auf Seite 2. — Für die Abrechnung an bestimmten Tagen und Zeiten kann eine Sondervereinbarung getroffen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R. Mark bei freier Zustellung durch Post.
Postbezug für Monat September 2,00 Reichsmark für die Dresdner-Beilage monatlich 2 R. 15. — Einzelnummer 10 R. Pfennig.
Auslande 1,20 Reichsmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Nichtverlangte Anzeigen (siehe Rückporto) werden nicht zurückgeschickt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben unsere Leser keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Antrags.

Nr. 207

Sonnabend, 4. September 1926

XXXIV. Jahrg.

Der Tag der deutschen Industrie

Dr. Stresemann erklärt Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund für gesichert — Entscheidender Kabinettsrat über Genf am Sonnabend — Vernichtende Niederlage Wu Pei-fus

Reichsregierung und deutsche Wirtschaftsnot

Von Dr. Peter Reinhold
Reichsminister der Finanzen

Als im Januar dieses Jahres das zweite Kabinettsrat über die deutsche Wirtschaftsnot abgehalten wurde, fand es wirtschaftlich in Deutschland einen außerordentlich bedauerlichen Zustand vor: über zwei Millionen unterhalb der Erwerbshöhe und monatlich mehr als 2000 Kontur- und 1500 Geschäftsausschlüssen waren ein äußeres Kennzeichen der schweren Not, in der sich unsere Volkswirtschaft befand. Die Regierung sah deshalb ihre erste Aufgabe in der Prüfung der Frage, ob der Ausbruch zum Eingreifen gekommen war, um eine weitere Verschärfung der Krise zu verhindern. Der Entscheidend war nicht leicht, da zunächst genau festgestellt werden mußte, ob die Selbstheilung der Wirtschaft, die mit jedem Konjunkturausschlag verbunden ist, schon in angemessener Nähe erfolgt war. Gerade in Deutschland, wo die Währungsverhältnisse auf vielen Gebieten völlig ungesunde Zustände geschaffen hatten, mußte ein Gesundheitszustand nicht vorzuziehender unterbrochen werden, der den inflationistisch aufgeblähten Apparat der Gütererzeugung und Güterverteilung weder auf ein normales Maß zurückführte und der, wie jeder wirtschaftliche Krisenprozess, der seinen Zweck nicht verliert, auch die Währungsfrage als ein annehmendes Nebenprodukt brachte.

Die Prüfung kam zu dem Ergebnis, daß der Wirtschaftszustand seine Wirkung in der Hauptlinie nicht verloren habe und daß die Preise unter Berücksichtigung der allgemeinen Weltwirtschaftslage durchaus angemessen waren, auf einigen Gebieten sogar unter dem Selbstkosten lagen. Der Augenblick zum Eingreifen war also gegeben: die Dinge weiter zu lassen, hätte für Deutschland die Gefahr einer noch schwereren Lage und seiner finanziellen Überforderung bedeutet, daß man anstreben hätte, wie das Verhalten mit dem Kranken in den Abgang gerufen wurde und wie das heilsame Mittel, das unsere Wirtschaftsförderer schätzten, in eine tödliche Krankheit überging.

In Erkenntnis dieser Lage setzte die Regierung deshalb bereits alles auf eine Karte: Überwindung der Wirtschaftskrise. Neben den berühmten Ausfuhrbeschränkungen wurde das Steuer- und Zölleingehalt eingehend geprüft: alles mit dem ausgedehnten Zweck, eine gesunde Grundlage für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu schaffen, und damit auch allmählich das Wesen der Arbeitslosigkeit zu bannen. Die Einbringung des Steuer- und Zölleingehalts, insbesondere die Senkung der allgemeinen Einkommensteuer um vier Prozent, die Aufhebung der Vermögenssteuer und der Anstieg eines Teilums der Vermögenssteuer bezeichnen in parlamentarischen Kreisen die schwersten Bedenken; und es gab Stimmen, zu deren Sprecher sich insbesondere der Herr Abgeordnete Herzog nach Ende Juni im Reichstag machte, die eine Finanzpolitik, die im Moment wirtschaftlichen Niedergangs und damit sinkender Reichseinnahmen und sinkender Reichsausgaben die Steuern herabsetzt, hat sie zu erhöhen, als eine unangenehme Bankrottschickel bezeichnen, die zur Teilaktivität führen würde.

Ich habe demgegenüber von vornherein den Standpunkt vertreten, daß eine Erleichterung der Lasten der Wirtschaft gerade im Augenblick der Tiefsthand eine unbedingte Notwendigkeit sei, und daß die langsame Erholung in Industrie und Handel ein Zeichen der Erholung der Wirtschaft ist, und daß die langsame Erholung in Industrie und Handel ein Zeichen der Erholung der Wirtschaft ist, und daß die langsame Erholung in Industrie und Handel ein Zeichen der Erholung der Wirtschaft ist.

Unterredung mit Stresemann

Die Verhandlungen über Copen — unsere Beziehungen zu Italien

× Rom, 3. September
Die Turiner „Gazzetta del Popolo“ veröffentlicht eine Unterredung, die der deutsche Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann ihrem Berliner Korrespondenten Prof. Semara gewährt hat. Der Minister erklärt darin auf die Frage, ob unannehmliche Schwierigkeiten bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund als behoben betrachtet werden können, daß zwar die Erklärungen der Regierung die Wohlwollen des Völkerbundes in sich bergen, daß man aber nach der berechtigten Lage den Eintritt als sicher annehmen könne. Der Minister unterstreicht dabei zwischen der Aufnahme selbst, an der ja das Interesse des Völkerbundes nicht geringer sei als dasjenige Deutschlands, und zwischen den komplizierten Problemen der Ratifizierung, die mehr juristischer und wissenschaftlicher als praktischer Natur seien und den nächsten Sachverständigen Schwierigkeiten bereiten. In diesem Zusammenhang betont der Minister die hervorragenden juristischen Leistungen Scialojas, von dem er mit großer Sympathie spricht.

Über die Copen-Wahlfrage erklärt Dr. Stresemann dem Korrespondenten, daß es sich bei dem materiellen Objekt dieser inoffiziellen Verhandlungen um eine Summe gehandelt habe, die etwa den zehnten Teil der von amerikanischer Seite genannten 1 1/2 Milliarden ausmache, und daß auch sie nicht von Reich wegen, sondern etwa als eine Befreiungsleistung im Rheinland privater hätte aufgebracht werden müssen. Die Frage solle übrigens nicht unter die Kompetenz des Völkerbundes. Schließlich berührt der Minister auf eine Frage des Interviewers das Kolonialproblem, das gleichermaßen Deutschland und Italien interessieren.

Wirtschaftsführung

Die Verantwortung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Dresden begrüßt heute den Reichsverband der Deutschen Industrie mit seinen aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes herbeigeeilten Mitgliedern aus Anlaß seiner diesjährigen Hauptversammlung. Es gibt wenig Plätze, die so geeignet sind zur Abhaltung einer solchen internationalen Tagung wie gerade Dresden; nicht doch der Reichsverband der Deutschen Industrie damit auf einem so hervorragenden industriellen Boden, dessen in das zweite Industriegebiet Deutschlands, ein industrielles Gebiet von außerordentlicher Vielfältigkeit und Vielfältigkeit, mit einem Tragen zu weiterer gewerblicher und industrieller Entwicklung. Es hatte diesen Charakter schon seit Jahrzehnten, schon in einer Zeit, da Deutschland noch ein reines Agrarland war. Die industrielle Entwicklung Dresden ist aus dem Zwang der Verhältnisse zu der Höhe angewachsen, die sie heute hat. Denn mit dem engen Raum von 1500 Quadratkilometer mit einer ständig wachsenden Bevölkerungszahl (heute sind es nahezu fünf Millionen) ernährt Dresden, nicht zusammengefaßt — auf einen Quadratkilometer 31 Einwohner — auch die Menschen hier ihr Brot. Damit gehört Dresden zu den dichtest besiedelten Gebieten der Welt. Nur die weitgehende Industrialisierung, die durch die klimatischen, geographischen und historischen Voraussetzungen, durch Lage der Erz-, Kohlen- und Holzgebiete bedingt war, konnte zu dieser Bevölkerungsentwicklung die Grundlage geben.

Unter solchen Verhältnissen ist es begreiflich, daß alle Probleme der Wirtschaftspolitik, mögen sie aus dem Gebiete der allgemeinen Industriepolitik, der Handels-, Sozial-, Finanzpolitik usw. liegen, gerade in Dresden heute ein außerordentliches Interesse und lebhaftes Interesse finden, und zwar nicht nur in den Kreisen der Wirtschaft, sondern im ganzen Lande. Was wird damit in der Tat der Ergebnisse, was in industriellen Kreisen die Hände sich regen, führen wir in Dresden das Auf und Ab der Konjunktur, fühlen wir die Vöhen der Kriegsschlag, deren Wirkung durch die Auswirkungen im deutschen Staat und Wirtschaftslage noch wesentlich vergrößert werden. Zudem hat außerordentlich die hohe Arbeitslosigkeit, und sie ist leider nicht im Rückgang, sondern ansteigend im Steigen begriffen. Ten führenden Männern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sind diese Verhältnisse durch den Verband Wirtschaftlicher Industrieller wohl bekannt. Auch in den übrigen Teilen des Reichsgebietes treten sie in ähnlicher Weise auf, und die Aufgabe der industriellen Verbände, namentlich aber des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, muß an erster Stelle sein, in Erkenntnis der Notwendigkeit zu arbeiten, daß alle Kräfte zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und damit zum Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes zu aller Geltung zusammengeführt werden.

Das hat der Reichsverband der Deutschen Industrie in den nunmehr acht Jahren seines Bestehens an seinem Teile nach Kräften und erfolgreich getan. Auch die gegenwärtige Zeit und die noch vor und liegenden Jahre erfordern die Anstrengung der Wirtschaft in einheitlichem Ziel. Neben schlechter die Wirtschaft, sie verdoppelt keine Kräfte, das ist der Schlüssel, nach dem heute nicht nur die deutsche Industrie, sondern das ganze deutsche Volk sich richten muß, um die schweren Verluste der Krieg- und Nachkriegszeit, an deren Folgen unsere Wirtschaft noch immer krankt, so schnell wie möglich auszugleichen.

Die deutsche Delegation

B. Berlin, 3. September. (Eigener Textbericht.)
Da nun feststeht, daß weder der englische Premierminister Baldwin noch der französische Ministerpräsident Poincaré an der Genfer Tagung teilnehmen, wird auch der Reichsminister auf die Reise verzichten. Die Delegation wird also vom Reichsminister Dr. Stresemann allein geführt werden. Unter dem Vorsitz von Dr. Schöberl und den unabhängigen Referenten des Auswärtigen Amtes werden der Delegation bekanntlich auch Parlamentarier angehören. Insofern wird sich deren Auswahl nach der Ablehnung der Delegationen nur auf die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten beschränken. Herr Laas vom Zentrum hat bereits zugestimmt, Graf Bernstorff und Dr. Brecht sind ebenfalls bereit, an der Tagung teilzunehmen. Von der Einladung eines volkspolitischen Vertreters ist abgesehen worden, da der Parteivorsitzende Stresemann ja die deutsche Delegation führt.

Darüber hinaus sind die Delegationen für die Hypotheken, sondern zur Rückzahlung solcher Hypotheken bereit. Zudem ist es möglich, durch Verschaffung von 300 Millionen aus dem Anleihegesetz, deren Zinsen und Amortisation in den nächsten Jahren aus der Arbeitslosenversicherung zu zahlen, etwa 100 000 Wohnungen mehr zu erstellen, und dadurch etwa 150 000 Bauarbeiter zu beschäftigen, die sonst der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge anheimzufallen wären, und etwa 120 Millionen jährlich Unterbringung aus öffentlichen Mitteln erspart hätten.

Wesentlich ist trotz aller Bemerkungen, die bei der schmerzlichen Auseinandersetzung in Deutschland dem Vorhaben der Reichsregierung entgegenstehen, das Arbeitsbeschaffungsprogramm schnell und reibungslos durchzuführen, so werden wir nicht nur durch Verbesserung der Arbeitslosenversicherung die wirtschaftlichen Auswirkungen mittelbar wesentlich unterstützen, sondern auch unmittelbar durch Verminderung der Erwerbslosigkeit die Lasten des Reichs, der Länder und der Gemeinden erheblich entlasten. Das wirtschaftliche Verwenden der Mittel dabei eine Grundbedingung ist und nicht etwa durch künstliche Schaffung einer Konjunktur auf einem Spezialgebiet ein unbedingtes Mindestmaß von Materialpreisen und Löhnen geschaffen wird, ist eine Selbstverständlichkeit.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Reichsregierung den zweiten Teil ihres Programms mit demselben Erfolg durchzuführen kann wie den ersten. Niemand von uns will sich dem Gedanken hin, daß wir schon in der nächsten Zukunft die Erwerbslosigkeit in Deutschland, deren Gründe ja sehr tief liegen, ganz beseitigen können; wir werden noch auf längere Zeit mit einem hohen Stand von Erwerbslosen, ähnlich wie in England, rechnen müssen, und erst eine Veränderung der Weltwirtschaft und eine wirtschaftlich richtige Einstellung der Völkerstaaten zu Deutschlands Verhängnis und Zahlungsunfähigkeit wird in Deutschland, wie in ganz Europa wieder normale Zustände bringen. Aber bis dahin wollen und werden wir alles tun, um zu unserem Teil in Deutschland die schlimmsten Auswirkungen der armen deutschen Not zu mildern und eine gesunde Grundlage für unsern Wiederaufbau zu schaffen.

Fertig-fremde chbaren
Wert in
30 und
n heute
sowie
Gas für
ase von
000 kg
ange ist
Export
Prüfung
Age von
e Wert
Schlepp-
gesamt
Retzläf
atenden
g über-
dieser
sterkheit
schaften
sowohl
Bunker-
n Gold-
n Silber
Frauen-
an den
gleichbe
n
an für
lungen-
Stener-
stellen
können
den der
(09923
f
IT
abst
Glad
ender
achtes.
8607